

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Bezugsanweisung angegeben  
Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-203  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Verlag: Dornbusch-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Preußen und das Rheinland.

### Die Rede des Ministerpräsidenten.

Zu Beginn der Mittwochsitzung des Preussischen Landtags, auf deren Tagesordnung als erster Punkt die Debatte über Rhein und Ruhr stand, gab

Ministerpräsident Otto Braun:  
namens der Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Als ich am 9. Oktober d. J. hier zu der Rhein- und Ruhr-Frage Stellung nahm, durfte ich hoffen, daß nach Aufgabe des positiven Widerstandes die Wirtschaft sich dort bald wieder neu beleben, die militärische Bedrückung nachlassen und damit das furchtbare Los der gequälten Bevölkerung eine Besserung erfahren würde.

Seider hat diese Hoffnung getrogen. Der militärische Druck des hohersiegenden französischen Siegers lastet mit unverminderter lähmender Wucht auf der Bevölkerung des besetzten Gebiets. Die geringe Milderung, die in den allerletzten Tagen an vereinzelten Stellen in die Erscheinung getreten ist, ändert an der Gesamtsituation nichts.

In den letzten Wochen ist noch eine neue schlimme Gefahr über die unglückliche rheinische Bevölkerung gekommen. Mit französischem Geld finanzierte, mit französischen Waffen ausgerüstete und von französischen Truppen geschützte und unterstützte separatistische Banden, zumeist bestehend aus vielfach vorbestraftem Verbrechergesindel, sind in vielen rheinischen Orten über die Bevölkerung hergefallen und haben sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt. Durch Gewalttaten aller Art und Requisitionen — zu deutsch: Plünderungen, Raub und Diebstahl — haben diese verbrecherischen Elemente, die von Frankreich dazu ausgesendet waren, den neuen, von Deutschland insgerichteten Rheinland unter französischem Protektorat aufzubauen, die Bevölkerung des Rheinlandes schwer heimgegriffen.

Freilich scheint es neuerdings, daß auch den französischen Besatzungsbehörden ihre separatistischen Schattierungen allmählich recht un bequem

worden, da sie ihren verbrecherischen Reigungen offenbar gar zu stark die Fänge schießen lassen. Man versucht sie jetzt allmählich abzuschneiden und ihrer Macht zu entziehen. Nicht unerheblich dürfte dazu auch beitragen haben der erfreuliche Umstand, daß fast die gesamte Bevölkerung den separatistischen Elementen den energischsten Widerstand entgegengebracht und auch überall dort, wo sie von den Besatzungstruppen in ihrem Widerstand nicht gehindert und die Separatisten nicht geschützt wurden, diese nach kurzer Herrschaft meist vertrieben hat.

Dennoch trägt das verbrecherische Treiben der Separatisten nicht wenig dazu bei, die große Not und Bedrängnis der Bevölkerung noch erheblich zu steigern.

Das Wirtschaftsleben liegt nach wie vor völlig daneben. Die Arbeitslosigkeit ist riesig groß, und die Ernährung der insbesondere im Industriegebiet stark zusammengeballten arbeitenden Bevölkerung stützt auf die erhöhten Schwierigkeiten. (Der Redner zitiert zum Beweise die Schilderung des Sonderberichterstatters des „Manchester Guardian“). Die Einbruchsmächte tun offenbar alles, um eine Besserung dieser Zustände zu vereiteln; künstlich ist das Wirtschaftsleben wochenlang niedergehalten, sind Millionen Menschen der furchtbaren Not überantwortet worden. Allen verzweifelten Anstrengungen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, werden fortgesetzt die größten Schwierigkeiten entgegengesetzt, so daß man immer mehr den Eindruck gewinnen muß, daß der Stillstand des passiven Widerstandes der Deutschen der passiven Widerstand der Franzosen gegen die Aufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit geartet ist.

Dadurch wird auch immer klarer, daß die Franzosen mit ihrer Vandalenpolitik nicht so sehr die Sicherungen ihrer Reparationsforderungen, als vielmehr politische Ziele verfolgen, mit grusamer Konsequenz, unbedenklich um die Leiden der Bevölkerung. Das ganze deutsche Volk und seine Regierungen des Reichs und der beteiligten Länder haben die schwerleidenden Volksgenossen an Rhein und Ruhr bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit unterstützt und sind gewillt, das auch fernerhin zu tun. Es bedeutet daher eine übliche Verkennung der tatsächlichen Kraft- und Machtverhältnisse, wenn sich hier und dort Stimmen mit der Behauptung hervorwagten, das unbesetzte Deutschland habe die Bevölkerung des besetzten Gebietes im Stich gelassen oder beabsichtige, das zu tun. Wir haben unsere rheinisch-westfälischen Volksgenossen in ihrem schweren Abwehrkampf nicht im Stich gelassen und werden sie nicht im Stich lassen.

Aber wir können die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß durch die französische Gewaltpolitik im Westen die wirtschaftliche Kraft des übrigen Deutschlands, vornehmlich durch die übliche Zerrüttung der deutschen Währung, so erschöpft worden ist, daß auf dem Gebiet der Unterstützungen dem weiteren können immer engere Grenzen gesetzt

worden sind. Schon jetzt haben erhebliche Einschränkungen erfolgen müssen. Dadurch sind auch in durchaus deutschgesinnigen Kreisen Lösungs- und staatsrechtliche Bestrebungen hervorgerufen worden, die im Hinblick auf die Ziele der französischen Rheinlandpolitik zu starken Besorgnissen Anlaß geben.

Der Gedanke der Loslösung der Rheinlande von Preußen und der Schaffung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches ist nicht neu. Die deutsche Reichsverfassung gibt ja auch die Möglichkeit, wenn der Wille der Mehrheit der Bevölkerung darauf gerichtet ist, ihn auf verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen. Indes waren sich bisher alle Parteien im Rheinlande darin einig, daß es nicht opportun sei, unter dem Druck der Besatzung eine Willensäußerung der Bevölkerung über diese Frage herbeizuführen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Loslösung der Rheinlande aus dem preussischen Staatsgefüge der erste

Schritt zur Loslösung dieses Gebietes vom Deutschen Reich wäre.

Ist einmal erst der erste verhängnisvolle Schritt getan, so erweist sich die weitere Entwicklung unter dem Druck der Besatzungsmächte ganz zwangsläufig. Denn die französische Rheinlandpolitik ist nicht darauf gerichtet, die preussische Rheinlandprovinz zu einem deutschen selbständigen Staat im Rahmen des Deutschen Reiches gleich den anderen deutschen Ländern zu machen, sondern ihr Ziel ist die Trennung dieses Gebietes vom Reich.

Deshalb muß mit aller Entschiedenheit den Ansätzen gewehrt werden.

Die Verhandlungen, die zurzeit von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nach dem, was darüber bekannt geworden ist, nicht immer in dem Rahmen der deutschen Reichs- und preussischen Staatsverfassung.

Die Reichsregierung hatte, nachdem die französische Regierung unmittelbare Verhandlungen mit ihr über das Rheinland abgelehnt hat, einem aus den Parteien und Wirtschaftsverbänden gebildeten

15er Ausschuss die Ermächtigung gegeben, um die Not der Bevölkerung zu lindern, über wirtschaftliche und soziale Fragen mit den Besatzungsbehörden zu verhandeln. Ueber politische Fragen, Fragen staatsrechtlicher Natur, insbesondere über eine Umgestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des besetzten Gebietes sollte der Ausschuss nicht berechtigt sein, zu verhandeln.

Leider ist nunmehr zu konstatieren, daß bei den Verhandlungen, die die Besatzungsbehörden dieses Ausschusses mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission gepflogen haben, die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes mehr Gegenstand der Erörterung gewesen sind als die wirtschaftlichen und sozialen. Wird doch in gewissen Kreisen bereits gesprochen von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Steuerhoheit, selbständiger Verwaltung, eigener Währung. So, man macht in diesen Kreisen bei den Erwägungen über den territorialen Umfang dieses neuen Staatsgebildes nicht einmal an den Grenzen des besetzten Gebietes halt, sondern trägt sich mit erheblich weitergehenden Plänen auf Einbeziehung jetzt noch unbesetzter preussischer und belgischer Gebiete.

Allen diesen Bestrebungen hat die Preussische Staatsregierung bisher den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt. Sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Dieses gilt auch für alle die Pläne, die darauf gerichtet sind, staatsrechtliche Hoheitsrechte auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens entgegen gesetzlichen und Verfassungsvorschriften für ad hoc zusammengestellte Ausschüsse oder für aus diesen gebildete Körperlichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Nach wie vor hält das feste an, was ich bereits in der Sitzung des Landtags vom 9. Oktober d. J. erklärt habe, daß die Preussische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande niemals preisgeben werde.

Die Staatsregierung muß es daher auch ablehnen, einer staatsrechtlichen Aenderung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, ausdrücklich oder stillschweigend zustimmen. Sie lehnt vielmehr jede territoriale Aenderung preussischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preussischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab.

In dieser Stellungnahme kann sie sich erfreulicherweise auch einig fühlen mit der überwiegenden Mehrheit der preussischen Bevölkerung im besetzten Gebiet, wie das noch vor kurzem in der entschiedenen Stellungnahme, insbesondere auch des westfälischen Provinziallandtages, für Preußen und das Reich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist.

Wir sind uns wohl bewußt, daß wir es bei dieser Erklärung nicht bewenden lassen dürfen, und die Staatsregierung ist daher auch gewillt, diesen ihren Standpunkt mit der gebotenen Aktivität zur Geltung zu bringen. Sie wird insbesondere hinwirken auf die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung der besetzten und unbesetzten Teile des Staates auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete. Das wird sich allerdings nur durchführen

### Kölner Dollartreiberei.

Die Börse stand heute bei Beginn des offiziellen Verkehrs noch unter dem Eindruck der Marktbesserung auf den gestrigen Auslandsbörsen. Es lag wiederum ein bedeutendes Effektengangebot vor, das zunächst noch auf der ganzen Linie Kurssteigerungen hervorrief. Besonders matt lag der Markt der unnotierten Werte. Im Verlauf der Börse wurden jedoch die Anfangskurse des Fremdeffektens der heute eröffneten Kölner Devisenbörse bekannt, die durchweg wieder bedeutend über den Berliner amtlichen Notierungen lag. Hier auf heute allmählich eine regere Unternehmungslust ein, die auf den meisten Märkten Kursbesserungen im Gefolge hatte. Die Spekulation, die schon bei Beginn der Börse das herauskommende Material gütig aufgenommen hatte, schritt jetzt zu stärkeren Rückkäufen. Begünstigt wurde die übersichtliche Tendenz durch die anhaltende Geldfülle. Letztliches Geld war mit 1/2 bis 1 Proz. zu haben. Immerhin wird in Bankkreisen die weitere Entwicklung des Börsengeschäftes im Dezember nach wie vor sehr zurückhaltend beurteilt. Man glaubt, daß die großen Steuerzahlungen noch vor Weihnachten eine erneute Versteifung des Geldmarktes und vorwiegend Verkaufsbewegung am Effektenmarkt hervorrufen werden. Es scheint, als ob auch das Briebspublikum weitere Abgaben in Effekten vornimmt, um die Preisfunktionen am Warenmarkt zu größeren Anschaffungen ausnützen zu können.

lassen, wenn alle Einnahmequellen in allen Kreisen des Volkes wenn in allen Teilen unseres Landes bis aufs letzte ausgeschöpft werden.

Gewiß müssen die Mißstände, die sich auf dem Gebiete der Unterstützungen und Entschädigungen herausgebildet haben, abgestellt werden, und wenn es dann noch gelingt, worauf wir jetzt hoffen dürfen, die Wirtschaft allmählich in Gang zu bringen, dann dürfte es auch möglich sein, dem besetzten Gebiet auch auf sozialem Gebiete die Leistungen zu gewähren, die im unbesetzten Gebiet gewährt werden müssen und gewährt werden können.

Jedenfalls darf die Bevölkerung des besetzten Gebietes versichert sein, daß die Preussische Staatsregierung sich wohl bewußt ist der Pflichten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, die ihr aus der Geldentziehung und Aufrechterhaltung ihrer Hoheitsrechte erwachsen.

Fast 10 Monate lang kämpft das deutsche Volk gegen einen überlegenen, erbarmungslosen Gegner

einen opferreichen Kampf um das Verbleiben des Rhein- und Ruhrgebietes mit seiner treubeherrschten Bevölkerung bei Preußen und beim Reich. Das preussische und deutsche Volk in allen seinen Schichten muß sich klar darüber sein, daß dieser Kampf noch nicht beendet, sondern vielmehr in sein entscheidendes Stadium getreten ist.

Jetzt gilt es das Beste daran zu setzen, um das Schlimmste für die betroffene Bevölkerung und das Staatsganze zu vermeiden. Der Opferplan der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes, der sich bisher schon so erfreulich betätigt hat, muß sich zu weiterer Gefreudigkeit aufraffen zur Linderung der Not an Rhein und Ruhr.

Der verlorene Krieg zwingt uns alle, die Folgen der Verarmung von Reich und Staat auf uns zu nehmen und das große Brot des Besiegten zu essen. Aber wir müssen bereit sein, auch das letzte Stück Brot mit den Bewohnern des besetzten Gebietes zu teilen. Dann werden diese unsere rheinisch-westfälischen Volksgenossen, wie ich bereits am 9. Oktober von dieser Stelle aus betont habe, kommen, was da will, ihren inneren Zusammenhang mit Preußen und der großen deutschen Volksgemeinschaft niemals verlieren. (Beifall)

Der Landtag trat in eine Besprechung dieser Regierungserklärung ein. Als erster Redner sprach Abg. Hans-Köln (Soz.).

### Helft dem Ruhrvolk! Ein belgischer Appell.

Die Brüsseler Zeitung „Indépendance Belge“ veröffentlicht einen Artikel des Universitätsprofessors Maurice Kallez mit der Überschrift: „Die Stunde der Barmherzigkeit“. Alle Auskünfte, so heißt es darin, zeigen, daß im Ruhrgebiet ein unglaubliches Elend herrscht, die Bevölkerung hungert und friert, die Preise sind zweifach oder dreifach so hoch wie im übrigen Deutschland, Plünderungen seien an der Tagesordnung. Es sei unmöglich, sich nicht über eine derartige Lage aufzuregen. „Ich weiß, daß man von einer Kollektivschuld aller Deutschen spricht,“ so fährt der Verfasser fort, „aber die am wenigsten Schuldigen sind die, die am strengsten bestraft werden. Die besten Volksmassen leiden am grauenhaftesten. Wäre Barmherzigkeit unter diesen Umständen nicht eine gute Politik? Man möge überlegen und sich davon überzeugen, daß, wenn man am Rhein und im Ruhrgebiet einen unausrottbaren Haß schafft, Belgien keine ruhige Zukunft gesichert wird. Die Zeit drängt, man sollte aus der Fatalität herauskommen, die gewiß nicht verbrecherisch, aber, wenn sie andauert, gefährlich werden muß. Man sollte ein großes Werk der Hilfe organisieren.“

Im ganzen besetzten Gebiet, so berichtet uns jemand, der soeben von dort zurückgekehrt ist, zeigt sich überall das selbe Bild: Schote ohne Rauchföhren, Tausende und aber Tausende arbeitsloser Menschen an den Bahnhöfen und auf den Straßen, öffentliche schwarze Böden, verrostende Schienen, da die Reglebahn nur einen sehr dünnen Verkehr aufrechterhält. Um die Eisenbahn so zu betreiben, daß das Wirtschaftsleben wieder in Gang käme, müßte man sie den deutschen Eisenbahner wieder einsehen; jetzt verwendet man sie nur in gedrückter Stellung. Die Franzosen „leihen“ schreiend den Verkehr, während man in der englischen Zone die im deutschen Eisenbahndienst gewohnte Ruhe und Sachlichkeit findet.

Im Sargebiet ist die Frankennährung vollkommen durchgesetzt, aber auch wer Franken hat, sieht sie schlechthin in Waren um, denn man hat zum Frankennwert kein Vertrauen.

Die Separatisten zahlen ihren Leuten, unter denen viele offen zugeben, daß sie nur aus Erwerbsgründen mitun. 18 Franken täglich. Doch sie es können, zeigt klarer als alles andere, was hinter diesem Separatismus steckt. Außerdem schleppen diese Gewehrträger mit der grünweißen Armbinde Knäcke voll französischer Erntelebensmittel heim. Einer von ihnen jagte unserem Gewährsmann übrigens, schwoören werde er nicht, der verfluchte Militarismus müsse einmal aufhören!

### Wozu wird die Beute verwendet?

Paris, 4. Dezember. (WIZ.) Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Vereinigung der Wiederaufbau-Gesellschaften, an deren Spitze Senator Duberjac steht, hat folgendes festgestellt: Trotz wiederholter und formeller Verpflichtungen der französischen Regierung, das im besetzten Gebiet beschlagnahmte Holz zur Verfügung zu stellen, ist bisher den Gesellschaften noch nicht ein Kubikmeter Holz gegeben worden. Die Verwaltung fordert daher vom Minister für die besetzten Gebiete, daß sie im Interesse des Wiederaufbaus besser berücksichtigte werde. Sie beschwert sich übrigens auch über die schlechte Organisation der Vermittlungsstelle für die Sachlieferungen.



## Die Wut der Enttäuschten.

Den reaktionären Parteien scheinen durch die gestrigen Kompromißverhandlungen über die gestrigen Kompromißverhandlungen über das Ermächtigungsgesetz die Helle weggeschwommen zu sein. Die reaktionäre Presse lobt heute morgen in allen Tonarten. Max Raurenbrecher widmet der deutschnationalen Reichstagsfraktion einen langen Leitartikel, in dem er sie beschwört, unter allen Umständen das Ermächtigungsgesetz zu Fall zu bringen, um dadurch freie Bahn für eine Regierung auf Grund des Artikels 48 und für eine Diktatur des Inhabers der vollziehenden Gewalt zu schaffen. General v. Seekt wird immer wieder von neuem zum Staatsstreich aufgefordert:

„Von acht Tagen hat der Inhaber der vollziehenden Gewalt diese durch den Minister Luther gegebene Möglichkeit ungenutzt verstreichen lassen, aus Gründen, die uns unverständlich sind. Aufgabe der deutschnationalen Fraktion ist es heute, ihm diese Möglichkeit noch einmal zu schaffen, gleichgültig, ob er das will oder nicht. Man muß ihn vor die Lage stellen, daß er Entscheidungen treffen muß! Greift er dann seinerseits die Entscheidung nicht auf, die ihm zufällt, dann hat er vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen. Jedenfalls hat der militärische Ausnahmezustand dann inhaltlich seine Bedeutung verloren, und es ist gleichgültig, ob er äußerlich noch lange erhalten bleibt oder nicht.“

Raurenbrecher ist der Meinung, daß man „dieser Regierung in diesem Augenblick selbst das idealste Gesetz abliehen müsse“. Während die „M.Z.“ zu melden weiß, daß „bei den Deutschnationalen sich ähnlich wie bei der Volkspartei mit der Zeit stärkere Befürchtungen gegenüber einer Auflösung des Reichstages geltend machen, namentlich wegen der Wirkung im besetzten Gebiet —“ kommt Raurenbrecher umgekehrt zu dem Schluß:

„Findet die deutschnationalen Fraktion dazu (zum Sturz der Regierung) die Entschlossenheit nicht, so beherrschen Ebert und Müller-Franken vollkommen die Lage. Sie können Neuwahlen herbeiführen zu dem Zeitpunkt und unter der Lösung, die ihnen gefallen. Die taktische Schlaubeit dieser Herren wird dann schon dafür sorgen, daß die Wahlniederlage der Deutschnationalen trotz allem doch sicher ist.“

Diese erfreulich selbstbescheidene Einschätzung deutschnationaler Wahlausichten sieht zwar sehr im Gegensatz zu der bombastischen Ankündigung, mit der die „Deutsche Zeitung“ auf der ersten Seite ihr Stimmungsbild zur gestrigen Reichstagsitzung beschließt:

„Diejenigen in Deutschland, die unter der gegenwärtigen Not Deutschlands die Hände hängen und wirklich bereit sind, an „Laten“ mitzuwirken, — deren Stimme fand in der gestrigen Reichstagsitzung kein Echo. Und doch sind sie nicht nur eine Mehrheit des Volkes, sondern sie sind „das Volk“ schlechthin.“

Nach dem täglichen Zusammenbruch der Hanswurstdade im Münchener Bürgerbräukeller ist solche Einschätzung wohl nur ein Beweis dafür, welche kindliche Kapitulation in politischen Dingen im völkischen Lager besteht wird. Das Vertrauen zum eigenen Revolver ist erschüttert, jetzt soll es General v. Seekt sein, auf den man seine Hoffnungen setzt. Und wenn auch der verfaßt, dann wird der Pastor Raurenbrecher Seekt „vor den Richterstuhl der Geschichte“ zitieren. Damit ist vielleicht dem deutschvölkischen Gerechtigkeitsbedürfnis, sicher nicht ihrem Machtbedürfnis Genüge geschehen. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ ist außer sich über die Aussicht, daß durch den Schachzug der Sozialdemokratie gewisse Pläne der Rechten vereitelt werden könnten:

„Für die gesamte innere Einstellung des Kabinetts Marx würde eine Unterführung durch die Sozialdemokratie zunächst einmal bedeuten, daß der provisorische Charakter dieses Kabinetts verschwände. Damit entfielen aber gleichzeitig auch die bisher zwingende Notwendigkeit, die Neuwahlen für den Reichstag schon früher als zum gesetzlichen Termin stattfinden zu lassen, d. h. man würde sicherlich dem deutschen Volke zum Schaden seines Wohles eine Systemänderung vorenthalten, die kommen muß, soll nicht der allenthalben sich auf-

bäumende Lebenswille wirkungslos verpuffen. Wir kennen die Haltung der bürgerlichen Mittelparteien zu der neuen sozialistischen Einstellung noch nicht.

Sollten sie etwa daran denken, die Brücke zu betreten, die ihnen von der Linken gebaut wird, dann hätten sie damit auch gleichzeitig ihren Willen zur Unterwerfung unter die sozialdemokratische Massenherrschaft und zur Rückkehr zur großen Koalition bekundet.

Ihre eigene Politik der letzten Wochen aber hätten sie aufs allerhöchste desavouiert.“

Nicht anders urteilt auch die „Kreuzzeitung“. Sie sieht als Schreckgespenst die große Koalition wieder auftauchen:

„Mit Annahme dieses Vorschlags wäre die gewünschte Einflussnahme, das heißt der sozialdemokratische Druck auf die Regierung wieder hergestellt. Jede nur gewünschte Sabotage ist durch die berüchtigte Verschleppungstaktik in Ausschüßverhandlungen oder erst recht durch hervorgerufenen Konflikte, die eine Entscheidung entweder auf die lange Bank schieben oder ganz ausschließen, ermöglicht. Das Kabinetts Marx würde sich vom Koalitionskabinetts Stresemann aber auch in nichts mehr unterscheiden. Die Rückkehr zur großen Koalition wäre de facto erreicht, und zwar unter den für die Sozialdemokratie günstigsten Bedingungen: der Wiederherstellung ihres erdrückenden Einflusses unter gleichzeitiger Ausschaltung ihrer Verantwortlichkeit, da sie ja in der Regierung selbst nicht vertreten ist. Ein Taschenspielerkunststück würdig der Zeit und ihrer symptomatischen Vertreterin. Gleichzeitig wäre das Weitervegetieren des Parlaments erreicht, die Neuwahlen rücken wieder in wohlwunder Ferne, und dem Kabinetts Marx wäre der Charakter eines Übergangskabinetts genommen. Denn nicht allein die Reichstagsauflösung wäre vermieden, sondern auch die Verpflichtung, möglichst umgehend Neuwahlen auszusprechen, hätte sich von selbst erledigt.“

Wenn die anderen bürgerlichen Parteien und die Regierung auf diesen raffiniert ausgeklügelten Plan eingehen sollten, so würden sie im letzten Augenblick ein Va banque-Spiel unterfallen, das von den schwersten Folgen für unsere innerpolitische Entwicklung begleitet sein müßte. Eine Rückkehr zur großen Koalition und in die Abhängigkeit der Sozialdemokratie, zumal durch diese Form und unter diesen Umständen, brächte sie um ihren letzten Kredit und beraubte uns der letzten legalen Möglichkeit, vor dem staatlichen und wirtschaftlichen Verfall greifbar zu werden. Für die Deutschnationalen kommen solche wahnwitzigen Kombinationen natürlich unter keinen Umständen in Frage.“

Die dunklen Andeutungen der „Kreuzzeitung“ sollen wohl bezeugen, daß wenn die Herren nicht auf legalem Wege zur Macht kommen können, sie es auf illegalem versuchen werden. Den Versuch kann man wohl ruhig abwarten. Schon manchem Fuchs hingen die Trauben zu hoch.

## Kommunistische Demonstrationen geplant. Eine polizeiliche Warnung.

W.B. meldet: Wie der Polizei bekannt geworden ist, beabsichtigen die Kommunisten am morgigen Donnerstag Demonstrationen großen Stils an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders im Lustgarten und am Wittenbergplatz, zu veranstalten. Die Polizei wird einem derartigen verbotswidrigen Treiben mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten.

## Bayerische Krise.

### Der Rücktritt des Finanzministers.

München, 5. Dezember. (U.) Die innerhalb der bayerischen Regierung vorhandenen Schwierigkeiten, die in den letzten Tagen mit der Möglichkeit eines Personalwechsels in der Besetzung des Ministeriums des Innern und des Landwirtschaftsministeriums rechnen lassen, haben inzwischen eine weitere Verschärfung erfahren dadurch, daß der Ministerpräsident des Berglandes des Finanzministers abgelehnt hat, ihm allein oder gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten bei der Durchführung des geplanten Ermächtigungsgesetzes diktatorische Maßnahmen zu erteilen. Der Finanzminister Dr. Krausnick hat darauf seinen Rücktritt erklärt. Für den Fall der Übertragung diktatorischer Vollmachten an einen einzelnen Minister würden die bayerische Mittelpartei und der bayerische Bauernbund ihre Minister, also den Justizminister Dr. Gärtner und den Landwirtschaftsminister Bülhofer

aus dem Kabinetts zurückziehen, da die Voraussetzungen, unter denen diese Minister in das Kabinetts eintraten, nicht mehr gegeben sein werden. Welche Lösung die Krise finden wird, steht noch dahin, doch wird in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit einer alsbaldigen Umbildung der bayerischen Regierung gerechnet.

München, 5. Dezember. (U.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich heute bereits mit der bayerischen Krise und geben der Hoffnung Ausdruck, daß eine Lösung gefunden wird, die nicht das traurige Beispiel der Berliner Schicksale bildet. Es sei ein Bräustein des bayerischen Staatswillens, ob die gegenwärtige Regierungskrise rasch und in einer Form gelöst werde, welche den Erfordernissen einer konsolidierten Staatsgewalt Rechnung trage.

Der bayerische Ministerpräsident von Knilling hat heute im bayerischen Landtag (Hauptauschuß) die seit langem angeforderte politische Rede gehalten, die nach bis zur Stunde vorliegenden Berichten alle schwierigen Fragen der bayerischen Politik im weiten Bogen umgangen hat. Wir werden auf die Rede noch zurückkommen.

## Wahlumulte in England.

Mit dem Heranrücken der Entscheidung im englischen Wahllampf ist das Tempo lebhafter geworden, und selbst im L. E. sischen Land parlamentarischer Erziehung und politischer Kultur macht mancher Kandidat unangenehme Erfahrungen mit Oppositionsteuern, die sich nicht mit den Argumenten geregelter Disziplin begnügen. Da bekanntlich in England nur wenige Arbeiterführer erscheinen, davon nur der „Daily Herald“ täglich, so berichten die Depeschagenturen, die aus der Presse schöpfen, nur über Ausschreitungen gegen konservative und liberale Kandidaten, wie z. B. in folgenden Meldungen:

Churchill wurde in Finsbury niedergeschrien. Als er schließlich zu Worte kam, wurde er fortwährend unterbrochen, worauf er erklärte, die Ruhestörer untergrüben durch ihr Benehmen die Grundlagen der Demokratie. Zwei Londoner Kandidaten — ein Tory und ein Liberaler — sagten ihre Versammlungen ab mit der Begründung, daß sie infolge der Ruhestörungen doch unfruchtbar sein würden. Als der Abgeordnete der liberalen Partei in Northbattersea (Londoner Arbeiterstadt) das Wort ergriff, wurde er von etwa 20 Deuten tätlich bedroht, so daß er die Polizei um Schutz bitten mußte und nur noch mit geladendem Revolver in der Tasche umherging. — In Sheffield haben der „Daily Mail“ zufolge Kommunisten, die mit Rasiermessern (!) und Knäpeln bewaffnet waren, eine Wahlersammlung der Konservativen zu sprengen versucht, mußten aber unerrichteter Sache wieder abziehen. In Cambridge wurde der konservative Kandidat, Oberst Spender-Chap beim Auszug einer öffentlichen Versammlung mit Steinwürfen angegriffen. Chamberlain wurde in West-Bromwich niedergeschrien und beschimpft. Winston Churchill protestiert in der Presse energisch gegen die Bestandteile, die ihm zuteil wurde; er schreibt, das neue Parlament müsse Wahlnahmen zur Unterdrückung dieser Ausschreitungen studieren, denn die Redefreiheit sei eine der wertvollsten Errungenschaften der britischen Demokratie.

Die Zahl der Wähler Großbritanniens beläuft sich auf 21 313 110. Davon entfallen auf England und Wales 18 386 629, auf Schottland 2 277 852, auf Ulster 618 629. Die Zahl der weiblichen Wähler beträgt 7 889 715 und übertrifft diejenige vor einem Jahre um 200 271.

## Poincaré überstimmt.

### Zu der Wahlreformfrage.

Paris, 5. Dezember. (W.B.) Die Kammer hat am Donnerstag mit einer Stimme Mehrheit einen Änderungsantrag der Radikalen zu Artikel 4 des Wahlreformentwurfs abgelehnt, der sich gegen eine auch von der Regierung vertretene Forderung der jetzigen Kammermehrheit richtet. Abg. Soras hat nun in Gemeinschaft mit dem früheren Finanzminister Klotz beantragt, den wesentlichen Artikel 4, um den gestritten wird, aus der Debatte herauszunehmen. Er begründete dies damit, daß die Kammer sich nachher in voller Aufrichtigkeit auch über die wesentliche Frage der Rückkehr zu den von der Linken gewünschten Arrondissementswahlen (Kleinwahlkreise) aussprechen könne. Der Wahlreformauschuß hatte den Antrag der Radikalen auf Zurückstellung des Artikels 4 abgelehnt. Trotzdem Ministerpräsident Poincaré, der die Vertrauensfrage nicht stellte, erklärte, daß sich auch die Regierung auf den Standpunkt der Kommission stelle, hat die Kammer mit 290 gegen 275 Stimmen den Antrag der Radikalen auf vorläufige Zurückstellung des Artikels 4 angenommen.

## Lustspielhaus.

Als Lulu, Bedekinds jammervollstes Geschöpf, von Jack, dem Bauhausschüler, abgestochen wird, geht nur ein bischen Instinkt unter: Urinstinkt der Frau, die bis zum letzten Atemzuge nur die Stimme aus dem Untergewölbe ihres Leibes hört, kurz ein Weid, ein Weidchen, die Kreatur eines unerbittlichen Morastens. Lulu ist geschaffen aus der Entartung und Ubertreibung eines genialen Gehirns. Robert Musil spiritisiert hier weiter. Alle jungen Schriftsteller haben hier weiter gespannt. Doch während die meisten das Genie nachahmen, macht Musil den starren Gedanken anmutiger.

„Binzenz oder die Freundin bedeutender Männer“ heißt seine Komödie. Die Lulu-Tragödie kippt ins Ironische. Das ist ein Literatunexperiment, doch es verspricht. Darum weil Robert Musil aus Lulu, die bei ihm nach dem ersten Buchstaben „Alpha“ heißt und ganz allgemein „Eva“ heißen könnte, nur Gehirn ist. Also Lulu, einst geboren aus einem gewöhnlichen Mutterleib, wird neugeboren aus dem feineren Bezirk unter der Schädeldecke. Darum wird ihr Frauenleben nur ein Gedankenleben. Die Männer, die ihr nachlaufen, sind auch nur Athleten des Gedankens. Sie streben gar nicht nach dem Bette Alphas. Zum Bette wird Alpha nur von Binzenz getragen.

Dieser Binzenz ist ein Geistesbruder Alphas. Aber auch nur Gehirn von ihrem Gehirn. Sie hochstapelt vor jedem Mann, Binzenz vor jedem Mann und jeder Frau. Binzenz kann, da er muß, jedes Gefühl heucheln. Das einzige Mal, da Alpha unterliegt, um für Binzenz ganz Frau zu sein, wird sie auch von dieser ungeschlechtlichen oder doppelgeschlechtlichen Binzenznatur betrogen. Das ist sicher ausgelügeltste Literatur, doch geformt im sublimsten Paradox, im selbständigen Witz, sogar in schonungsloser Burleske. Man muß in literarischen Wässern gewaschen sein, um es richtig zu verstehen und zu werten.

Der Dialog ist scharf, stellenweise sogar schön. Musil, der als Erzähler weich, spürsam, fortgerissen, dunkel und abschweifend schreibt, bringt für die Bühne mit: Galie, Weltflucht, Enthaltsamkeit. Sinn für Verführung, endlich auch Bergeßlichkeit für die Tricks verführender Vorbildner. Alles in allem, man soll ihn hören, man soll ihn sogar verhasst sein! Zumal, da Berthold Viertel zweifellos mit besonderem Ersiändergeist die Qualitäten seiner Komödianten herausbildet. Auch seine jungen Künstler, Sybille Binder und Leonhard Seidel gewinnen schon ein Gesicht. Viertel läßt ihnen durch seine Energie ein, was die Erfahrung ihnen noch nicht hätte geben können. Sie verschwinden hinter sich selbst, um an die Rolle zu gelangen. Er dämpft andererseits einen Künstler, wie Rudolf Forster, der schon in Gefahr ist, ein blecher Rollenspieler zu werden. Die Truppe arbeitet, denkt, kämpft.

Max Hachdorf.

## Sibt es reinrassige Menschen?

Mit kaum einem anderen Begriff wird wohl ein solcher Mißbrauch getrieben wie mit dem der Menschenrasse. Dr. Maxim Bing spricht darüber in der „Umschau“ ein kräftiges Wortlein, das unseren Kollegen zu denken geben sollte. Ganz abgesehen davon, daß dieser Begriff der Menschenrasse wissenschaftlich noch gar nicht genügend definiert ist.

Es sei nur erwähnt, daß es keine einzige Arbeit gibt, die eine der wenigen für die Rasse charakteristischen Eigenschaften, die Pigmentierung der Haut, auf exakt wissenschaftlichem Wege erforscht hätte. Ebenso wenig wissen wir über den Einfluß photochemischer Einwirkungen auf die Hautfarbe. Welche Unklarheit über diese Begriffe herrscht, zeigt am besten, daß es allen Forscher versucht wurde, die Portraitsmalereien alter Meister als Beweismaterial heranzuziehen. Donie Gabriel Rossetti, der doch schon einer der Modernen ist, hat z. B. alle seine englischen Schönheiten als tuberkulöse Typen abkonterteit. Es wird trotzdem keinem vernünftigen Menschen einfallen, die Engländer seiner Zeit als ausnahmslos diesem Typus zugehörig zu betrachten.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus als direkt lächerlich muß es aber bezeichnet werden, wenn von der Schädelform auf die geistige Tätigkeit gefolgert wird. Es muß klar ausgesprochen werden, daß ein solches Beginnen gänzlich unwissenschaftlich ist. Feinerlei begründete Unterlagen besitzt und nichts anderes als eine Spielerei darstellt. Als Kuriosum mag erwähnt sein, daß Helmholtz, dem man doch wohl kaum den Vorwurf geistiger Minderwertigkeit machen kann, ein ausgeprochener Wackertopf war.

Ebenso unklar ist der Begriff der „Reinrassigkeit“. Reinrassige Menschen dürfte es heutzutage überhaupt nicht geben. Vielmehr ist in ganz unzähligen Winkeln Innerasien, Ostasien und Polynesien existierten noch Menschen, die als einandermaßen unvermischt bezeichnet werden könnten. In Europa, Afrika und Amerika kann davon gar keine Rede sein. Bei den sehr wenig umständlichen Arten des „Hofmachens“ unserer Vorfahren während der Kriege und Raubzüge des Mittelalters und Mittelalters ist kaum anzunehmen, daß es auch nur eine einzige Familie in Europa gibt, die zu irgendeiner Zeit nicht „Gestrollen“ anderer Rassen aufzuweisen hätte.

Die Rasse ist weiter nichts als eine im gewissen Sinn konstant erscheinende Grenze der an und für sich in weiten Grenzen variablen menschlichen Konstitution. Solange diese nicht einigermassen definiert ist, entbehrt die erstere der kritischen Grundbedeutung. Wie schwer es ist, hier zu Resultaten zu kommen, zeigt der sogenannte „Mongolismus“ idiotischer Kinder, der hier als „Abnormität“ einen Typus aufweist, der manchmal bis zum Verwechseln jenem gleicht, den wir bei Chinesen und Japanern als normal kennen.

Völlig zum Unsinne wird die ganze Rassenfrage, wenn sie als kultureller Bewertungsfaktor verwendet wird. Inwiefern war der äthiopische Erfinder der Buchdruckkunst weniger genial als Gutenberg? Ist die Britin Blai-Bos weniger schön als die Wästers von der Noceimise? Ist ein englisch sprechender Polemiker zur indogermanischen Sprachfamilie zu rechnen? Man braucht nur solche Fragen aufzustellen, um die Unsinntigkeit von Antworten zu beweisen.

Das Tagebuch des letzten Jahres ist jetzt in einer vollständigen Ausgabe im Verlag von Ullstein erschienen. Es ist beinahe unmöglich, das über 200 Seiten umfassende Buch ohne Unterbrechung zu Ende zu lesen, so sehr empfindet man schon nach ganz kurzer Lektüre die erstaunliche geistige Seere, die aus den Zeilen dieses Tagebuchs spricht. Kein einziges der großen, für die Entwicklung Italiens wie die europäische Geschichte der letzten 30 Jahre bedeutungsvollen Ereignisse spiegelt sich in diesen Aufzeichnungen irgendwie wieder. Man empfängt vom letzten Jahre den Eindruck eines absolut bedeutungslosen, lediglich im Hof- und Familienleben ausgehenden Mannes, den der Volschlag großer weltgeschichtlicher Ereignisse kaum eine Stunde ernsthaft berührt hat. Die Ausgabe selbst ist sorgfältig bearbeitet und mit erläuternden Übergangsmerkmalen versehen, die dem nicht in den Einzelheiten bewanderten Leser die Lektüre wesentlich erleichtern.

Die Wiedereröffnung der deutschen Zoologischen Station in Neapel. Zu den Opfern des Weltkrieges zählt auch die einst von dem bekannten Naturforscher Professor Dohrn gegründete, weltberühmte Zoologische Station in Neapel, eine Stätte deutscher Wissenschaft, deren Andenken zugleich verbunden war mit dem an Hans von Barres, der die Bibliothek des Museums mit seinen Materialen gesammelt hatte. Von 1874 bis zum Kriege bewachte hier das Forschungswesen, begünstigt von der italienischen Regierung, mit Interesse verfolgt in der ganzen Welt. Dem entsprach auch die internationale Mitarbeiterarbeit und die finanzielle Unterstützung. Dann kam der Krieg und in dessen Verlauf die Schließung der Station. Nun ist die Beschloßnahme aufgehoben und durch die italienische Regierung die Möglichkeit geschaffen worden, die Zoologische Station als selbständige Anstalt unter der Oberaufsicht der italienischen Regierung weiterzuführen. Dem Verwaltungsrat gehören der Bürgermeister von Neapel als Vorsitzender und Professor Dohrn jun. als geschäftsführendes Mitglied an.

In der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Straße 7a, sind im Dezember die Kataloge und Eintragsblätter des Katalog-Verlags in Helleranz wochentäglich von 9-9 Uhr bei freiem Eintritt anschaubar.

Die Galerie Ferdinand Möller, Potsdamer Str. 186a, zeigt im Dezember eine umfangreiche Schau des arabischen Verles von S. M. Beckstein. Außerdem sind zum erstenmal Plakate von Rom Landau, Berlin, ausgestellt.

Der Dreieckswechsel zwischen Casselle und Mory, der im vorigen Jahre von Prof. Dr. Gustav Rauber veröffentlicht wurde, ist jetzt in der Uebersetzung von Th. Dan in russischer Sprache im Verlag „Wohol“ (Der Dhen) Berlin erschienen.

Rußlandhilfe für deutsche Gelehrte! Der Volkskommissar für das russische Außenministerium Smalchko erklärt in der „Wschestja“ einen Aufruf an die russischen Gelehrten zur Hilfeleistung an die deutschen Kollegen unter Hinweis auf die frühere Tätigkeit des deutschen Notens Kreuzes, die jetzt dankbar vergolten werden könnte.

Das Land der Generale. Die Zahl der aktiven Generale in Polen ist erstaunlich hoch. Man hat jetzt festgestellt, daß nicht weniger als 94 Generale jetzt im Dienst sind, davon 2 Generäleobersten, 20 Divisionen- und 74 Brigadegenerale. In den nächsten Tagen sollen nach polnischen Übermeldungen außerdem noch 18 Militärs neu zu Generalen befördert werden.



# Schutzlos!

Von Kurt Rosenfeld.

Unter dem Ausnahmezustand kann die persönliche Freiheit des einzelnen Staatsbürgers nicht gedeihen. Artikel 48 der Reichsverfassung gestattet ausdrücklich, das Grundrecht der Deutschen auf Freiheit der Person vorübergehend außer Kraft zu setzen, und von dieser Befugnis ist im Laufe der letzten Jahre bei Verhängung des Ausnahmezustandes wiederholt Gebrauch gemacht worden. Niemals aber ist der seiner Freiheit Beraubte so schutzlos gewesen, wie unter dem jetzt herrschenden Ausnahmezustand.

Wenn militärische Gewalttätigkeiten geltend machen, daß sie die Möglichkeit haben müssen, schnell zuzupacken, um ungehindert durch die Bestimmungen der Verfassung Verhaftungen vorzunehmen, eine Möglichkeit, von der sie in Sachen und Thüringen übermäßig Gebrauch gemacht haben, so soll darüber hier nicht gesprochen werden. Jedenfalls muß auch unter dem Ausnahmezustand jedem Verhafteten die Möglichkeit gegeben sein, in einem geordneten Verfahren, das die nötigen Rechtsgarantien bietet, die Nachprüfung der Haftgründe herbeizuführen. Kein „militärisches Interesse“ kann erheischen, daß Unschuldige ihrer Freiheit beraubt werden. Das war sogar während des Krieges — wenigstens in den letzten Jahren — herrschende Meinung. Denn einstimmig nahm der alte Reichstag gerade infolge des Mißbrauchs, den die Militärs mit ihrer unumschränkten Macht über Freiheit und Leben der Staatsbürger getrieben hatten, jenes Gesetz vom 4. Dezember 1916 an, durch welches bestimmt wurde:

„Die Verhafteten müssen spätestens am Tage nach ihrer Verhaftung durch einen Richter vernommen werden. Der Haftbefehl ist ihnen bei der Verhaftung oder spätestens unverzüglich nach der Verhaftung bekanntzugeben, die Verhafteten haben das Recht, beim Reichsmilitärgericht Beschwerde zu führen, welches auf Antrag mündliche Verhandlungen anberaumen muß. Die durch die Verhaftung Geschädigten haben bei unbegründeter Verhaftung einen Entschädigungsanspruch.“

Bei der Verhängung des jetzt geltenden Ausnahmezustandes ist über die Rechtsbehelfe des Verhafteten nichts bestimmt worden. Eine ausdrückliche Anordnung der Anwendbarkeit des Gesetzes von 1916 ist leider nicht erfolgt. Daher meinen die jetzt kommandierenden Herren einfach erklären zu können: Das Gesetz von 1916 gilt nicht und die Verhafteten haben keinen anderen Rechtsschutz als die Beschwerde an den Reichswehrminister, und selbst bei grundloser Verhaftung nicht einmal einen Schadenersatzanspruch. Macht geht vor Recht! Also gilt das Wort der Militärs. Es gilt, weil für Entscheidungen auf Grund des Gesetzes von 1916 das jetzt — nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit — zuständige Reichswehrministerium nicht zuständig ist. Eine schwerwiegende und eine unhaltbare Entscheidung! Sie raubt den Verhafteten jeden einigermaßen wirksamen Rechtsschutz und sie ist rechtlich irrig.

Das Reichswirtschaftsgericht hat offenbar übersehen, daß das Gesetz von 1916 ohne weiteres auch jetzt anzuwenden ist. Zunächst kann nicht bezweifelt werden, daß dieses Gesetz niemals aufgehoben worden ist. Infolgedessen ist es noch in Geltung. Würde das Gesetz, wie das Reichswirtschaftsgericht anzunehmen scheint, nur für einen im Jahre 1916 verhängten Kriegs- und Belagerungszustand Geltung gehabt haben, so hätte es keinen Sinn gehabt, lange Zeit nach der im November 1918 erfolgten Aufhebung dieses Zustandes durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. März 1921 ausdrücklich zu bestimmen, daß an Stelle des inzwischen verschwundenen Reichsmilitärgerichts das Reichswirtschaftsgericht Beschwerdeinstanz gegen Schutzhaftbefehle sein solle. Es kommt hinzu, daß durch zwei andere Verordnungen, durch welche der Ausnahmezustand später verhängt worden ist, nämlich durch die Verordnungen vom 11. April 1920 und 24. März 1921, die Anwendbarkeit des Gesetzes von 1916 ausdrücklich angeordnet worden ist.

Außerdem bestimmt Artikel 179 der Verfassung: „Soweit in Gesetzen . . . auf Vorschriften . . . verwiesen ist, die durch diese Verfassung aufgehoben sind, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften . . . dieser Verfassung.“ Gilt man also die vor der Revolution geltenden Vorschriften über Kriegs- und Belagerungszustand für aufgehoben, so treten an ihre Stelle die Vorschriften über den auf Grund des Artikels 48 verhängten Ausnahmezustand, und für diesen wiederum sind die für den Kriegszustand geltenden Bestimmungen des Gesetzes von 1916 maßgebend.

Vor allem aber hätte das Reichswirtschaftsgericht sich sagen müssen, daß Schutzhaftgefängnisse in der Republik und in Friedenszeiten nicht noch schlechter gestellt sein dürfen als im verfallenen Kaiserreich und in Kriegzeiten. Mit Rücksicht auf die ganze neuere Gesetzgebung, welche offenbar die Tendenz hat, das Recht der persönlichen Freiheit heute in höherem Maße zu sichern als früher, hätte das Reichswirtschaftsgericht bei einiger Selbstständigkeit gegenüber den militärischen Gewalttätigkeiten seine Zuständigkeit ohne weiteres feststellen müssen. Summa es doch mit dem Begriff eines Rechtsstaates unvereinbar ist, daß gegen Maßnahmen der vollziehenden Gewalt nur die Beschwerde an einen militärischen Vorgesetzten gegeben sein soll.

Nachdem das zur Entscheidung berufene Gericht verfügt hat, wird es Sache des Reichstags sein, Abhilfe zu schaffen. Unsere Forderung wird die Aufgabe haben, dafür zu sorgen, daß den Schutzhaftgefangenen wenigstens die Rechte werden, die ihnen nach dem Gesetz von 1916 zustehen. An dieser dringenden Aufgabe wird der Reichstag nicht vorübergehen dürfen. Die Schutzhaftgefangenen dürfen nicht länger schutzlos bleiben!

## Die belgischen Sachverständigen ernannt.

Paris, 5. Dezember. Wie die Morgenpresse mitteilt, hat die belgische Regierung ihre Sachverständigen für die von der Reparationskommission einzusetzenden zwei Sachverständigenausschüsse bereits bestimmt. Für die Enquete über den Ausgleich des Budgets wurde ernannt der katholische Deputierte Houart, für die Währungsfrage der Direktor der Nationalbank Janssens und für die Kapitalflucht der bereits bekannte Amtsdirektor Franqu.

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, hat die belgische Initiative in den französischen Regierungskreisen großes Aufsehen erregt, da man annimmt, daß Belgien durch seinen Schritt Amerika im Sinne der Beteiligung an den Sachverständigenausschüssen beeinflussen wird. England hat vorläufig seine Entscheidungen noch nicht erlassen, da es anscheinend die amerikanischen Entscheidungen abwarten will.

## Preiswärt.

Somit Verordnung sollten bekanntlich die Warenpreise in den Läden sichtbar sein. Sie waren es auch, aber man gebrauchte manche Kniffe. Es wurde unterschiedlich  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  oder 1 Pfund ausgezeichnet. Doch heute sind die Preise vom Nullenabhang befreit, breit und fest sichtbar. Sie unterliegen auch Änderungen, jedoch begünstigenderweise in absteigender Linie. So gab es sogar schon Gefrierfleisch für 150 Goldmark (am Tage zuvor kostete es 2,50 Goldmark) und Rindfleisch wurde für 60 Pf. verkauft, obwohl man 24 Stunden vorher 2 M. dafür bezahlen mußte. Ein Gänselein änderte seinen Preis von 4 auf 3,50 M. Die Käufer sind alle nerods, sie wollen an den Preissturz kaum glauben. Waren sie es doch gewohnt, ohne daß irgend jemand Einhalt gebot, daß sich die Preise vom Morgen bis zum Nachmittag in aufsteigender Linie bewegten. Ja, etliche Geschäfte verkauften, selbst wenn sie Ware hatten und die Hausfrauen vor dem Boden anstanden, einfach nicht, bevor der Rüttelglockentakt bekannt war. Hingzu kam die oft mehr als willkürliche Einrechnung der Risikoprämie. Augenblicklich ist die Berechnung mit dem wertbeständigen Geld nun wieder so, wie es eine heikle Sache. Einige Geschäftsleute geben noch Rabatt bei Zahlungen mit wertbeständigem Geld, andere wieder nicht und bevorzugen sogar die Papiergeldzahlung.

Im großen und ganzen aber sieht man ein Werden um das Publikum. Hoffentlich ist nun die Zeit für immer vorbei, wo dem Käufer bei jeder Gelegenheit erzählt wurde: „Meine Ware ist mir lieber als Ihre Papierlappen.“ Denn es wird tatsächlich bald Zeit, daß der ehrlich arbeitende Mensch durch ausreichende Entlohnung sich wieder als Käufer fühlt und nicht nur als Geduldeter in den Geschäften betrachtet wird, die mit Gegenständen des täglichen Bedarfs handeln.

## Weitere Verminderung der Fleischpreise.

Wie zu erwarten war, hat sich die Preisentwertung für Lebensmittel auch heute wieder in scharfem Tempo fortgesetzt. Besonders auf dem Viehmarkt war ein Rückgang der Preise zu beachten, der sich in wohlthätiger Weise auch für andere Lebensmittel bemerkbar machen wird. Der Viehmarkt war im großen und ganzen heute vormittag sehr schleppend und der Umsatz in Rindern, Kälbern und Hammeln war außerordentlich gering. Dabei war der Auftrieb größer als auf dem letzten Markt am Sonnabend. Lebendvieh fand deshalb nur sehr zögernd Absatz, weil einmal die Großschlachtereien, die Kanferfabriken und auch die Kleinschlächter in der vergangenen Woche, als die Preise schon erheblich nachgaben, sich gut eingedeckt hatten. Dann aber wartet man im Fleischgewerbe auch weiterhin ab, weil die Produzenten jetzt bemüht sind, möglichst viel Vieh abzustufen, um noch die besten Preise mitnehmen zu können. Am größten war der Preisrückgang bei Schweinen. Während der Zentner Lebendgewicht auf dem letzten Markt noch mit 140 M. Absatz fand, wurden heute durchschnittlich nur 90 M. gezahlt. Dabei konnte der gesamte Auftrieb nicht untergebracht werden. Die Preise für Rinder, Kälber und Hammel gaben etwas weniger nach, doch war auch hier ein starker Abbau zu verzeichnen. — In den Markthallen sind die Preise für Fette ebenfalls erheblich zurückgegangen. Butter, die in den letzten Wochen fast überhaupt nicht mehr zu haben war, wird in großen Mengen angeboten, allerdings zu Preisen, die noch immer weit über dem Normalniveau liegen. Margarine, die gestern noch mit 120 M. durchschnittlich gehandelt wurde, ist auf 80 bis 85 Pf. zurückgegangen. Ebenso wird amerikanisches Schmalz, holländischer und dänischer Speck entsprechend dem günstigen Stande der Markt im Ausland zu Preisen angeboten, die erheblich unter den gestrigen Notierungen liegen. — Infolge des überaus starken Auftriebes von Vieh hat die Preisüberwachungskommission heute von der Festsetzung von Höchstpreisen für Lebendvieh Abstand genommen. Im Anschluß an die amtlichen Notierungen werden dann aber für den Fleischgroß- und -Einzelhandel Höchstpreise festgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für lebende Schweine Preise von 0,65 bis 1,10 M. das Pfund gezahlt worden sind, ist damit zu rechnen, daß die Fleischpreise für die gebräuchlichsten Sorten sich von heute mittag ab ungefähr um 1 M. herum bewegen werden.

## Der sechzehnjährige Ledemann.

### „Börsevertreter“ Glück und Ende.

Ein nettes Fräulein fiel der Kriminalpolizei in die Hände. In „Wien-Berlin“ erregte ein Jüngling bei einem Jochgelage die Aufmerksamkeit eines Kriminalbeamten. Der Jocher, der eine größere Anzahl „Damen“ um sich hatte, und den Sekt in Strömen fließen ließ, war zwar ganz modern feiert, trug aber eine schon etwas schäbige Hohe. Die Bezahlung der großen Zeche machte dem Ledemann keine Schwierigkeiten. Als er dann aber mit seiner „Damen-gesellschaft“ ein Auto besteigen und ein anderes Hotel aufsuchen wollte, nahm ihn der Beamte beiseite und fragte ihn nach Namen und Herkunft.

Der junge Mann nannte irgendeinen Namen und bemerkte so etwas von oben herab, er sei der „Börsevertreter“ eines Bankhauses in Straßburg. Habe durch Spekulation viel Geld verdient und sei einmal auf eine Nacht nach Berlin gekommen, um „das Leben zu genießen“. Der Beamte nahm ihn mit nach dem Polizeipräsidium und entlarvte ihn hier als einen 16 Jahre alten Banklehrling Otto Hoffmann aus Hofdorf, der dort in dem Zweiggeschäft eines Berliner Bankhauses tätig gewesen war. Hoffmann hatte, wie er allmählich zugab, schon länger die Absicht gehabt, mit einem großen Betrage durchzuziehen. Am Freitag vergangener Woche sollte er für die Bank einen Brief, der 6 Trillionen in amerikanischen Dollars, dänischen Kronen und Roggenrentenbriefen enthielt, zur Post beforsen. Diese Summe bestell er für sich und fuhr nach Straßburg. Er kaufte ein Fahrrad und fuhr nach Steitlin, um hier das „Leben“ zu beginnen. Ein Bierhändler K. Ager aus Steitlin half ihm dabei und nahm ihm bei einer Zeche freundlicherweise 200 dänische Kronen ab. Dann besetzte er den Jüngling nach Berlin, erlöscherte ihn auch hier noch etwas und überließ ihn hier seiner „Damen-gesellschaft“. Als man Hoffmann etwas genauer untersuchte, fand man noch 330 amerikanische Dollar und 100 dänische Kronen, außerdem noch einige Rentenrentenbriefe, die er alle vorfichtshalber in seinen Mantel eingeklemmt hatte. Die Steitliner Kriminalpolizei die von der hiesigen telegraphisch benachrichtigt wurde, machte schließlich auch Herrn Krüger einen Besuch. Sie fand ihn selbst noch nicht zu Hause, wohl aber die 200 dänischen Kronen, die sie beschlagnahmten.

## Ein Mordgerücht.

Das Gerücht von einem Mord war gestern Abend im Norden Berlins verbreitet und beschäftigt die Mordkommission. In der Kastanienallee 42 wurde die 78jährige Frau Schwan nur halb bekleidet unter dem Bett aufgefunden. Ein Kommodenkoffer stand auf und schien durchwühlt zu sein. Weil auch der Kopf der Toten zugebunden war, so nahm man ein Verbrechen an. Kriminalkommissar Duok und der Gerichtsarzt Dr. Straßmann jr. erschienen sobald in dem sehr ärmlich eingerichteten Stübchen und stellten fest, daß hier nichts geraucht war, weil nichts zu rauchen da war. Die ärztliche Untersuchung der Leiche konnte auch keinerlei Spur irgendeiner Gewalttat finden. Die Ermittlungen erweisen, daß die alte Frau seit geraumer Zeit schon an Herzkrämpfen litt. Sie ist wahrscheinlich im Bett liegend wieder von einem Unfall betroffen worden und in der Todesanfall aufgefunden, um in der Kommode nach irgend etwas zu suchen.

In Krämpfen zusammengebrochen, ist sie dann mit dem Kopf unter die Decke und unter das Bett geraten. Obwohl hiernach ein Verbrechen ausgeschlossen erscheint, wurde die Leiche doch beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht, damit durch Obduktion die Todesursache einwandfrei festgestellt werden kann.

## Gegen die Judenhege.

Gegen den Antisemitismus rechtsradikaler Kreise im Berliner Westen sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Adolf Hoffmann in einer sehr stark beachteten öffentlichen Versammlung in den Spichern-Festhallen in Wilmersdorf.

Hoffmann schilderte, wie sich die antisemitische Bewegung Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre abspielte. Unter dem Sozialistengesetz hielten alle Dunkelmänner ihre Zeit für gekommen, und als 1874 Arbeitslosigkeit und Teuerung trotz des siegreichen Krieges einsetzten, da ging der Hofprediger Adolf Stöcker, der auf der Kanzel die Liebe predigte, unter das Volk und hegte es gegen die Juden auf. Der Kanakalle Wolf sollte ein Knochen hingeworfen werden und dieser Knochen sollten die Juden sein. In allen Zeiten hat man die Hege gegen das Judentum benutzt, um die Blide von den wirklichen Schuldigen abzulenken. Die Sozialdemokratie kennt nur Menschen, und ihr Kampf richtet sich gegen die Gesellschaftsordnung. Die soziale Frage darf nicht im Blute der Juden und nicht im Blute der Arbeiter ertränkt werden. Bebel anerkannte schon die Notwendigkeit, sich um die antisemitische Frage befürmern zu müssen. Das Judentum war zur Zeit seiner Selbständigkeit nicht handeltreibend. Im Rheinland und in Westfalen haben wir eine große Anzahl jüdischer Arbeiter in der Schwerindustrie, auch haben wir dort jüdische Bergleute. (Daß die Juden Schwerarbeit leisten können, zeigt auch der gerade jetzt in Berlin laufende Palästina-Film.) Wir bekämpfen Auswüchse und Schäden überall dort, wo wir sie finden. Die Juden aber mühte man, wenn sie den Antisemitismus bekämpfen wollen, auf seinen Unterdrücken finden. Kann der einzelne von ihnen sich nicht zum Sozialismus durchringen, so müssen wir ihn wenigstens auf Seiten der Republik finden. Die Arbeiter aber müssen nicht in die antisemitischen Sumpfe, sie müssen nicht in die geistige Unfreiheit, sie müssen vorwärts. Der Redner antwortete auf Zwischenrufe zum höchsten Ergötzen der Versammlung mit seiner allbekannten Schlagfertigkeit. Kommunistischen Unpöbelungen trat er scharf und die Unbeteiligten überzeugend entgegen. Dem Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion an.

Die einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die von der SPD. einberufene, in den Spichern-Festhallen tagende öffentliche Versammlung sagt dem völkerverhetzenden Antisemitismus, der nur dazu dient, die Aufmerksamkeit des Volkes von den an seinem Unglück und seiner Notlage Schuldigen abzulenken, scharfen Kampf an. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die ungeheure Ausbeutung und Auswucherung des Volkes, besonders der arbeitenden Klasse, von welcher Seite sie auch kommen möge, und verlangt energisches Einschreiten und strenge Bestrafung dieser Schädlinge.“

## Die dänische Kinderhilfe.

Wie das Deutsche Rote Kreuz mitteilt, werden zurzeit in Berlin aus dänischen Mitteln für 2000 Kinder Kakaospeisungen eingerichtet, und zwar in den Bezirken Friedrichshagen, Wedding, Kreuzberg und Neukölln für je 300 Volksschüler, in den Bezirken Charlottenburg und Pankow für je 300 Kinder höherer Schulen, im Bezirk Weiskensee für 200 Kinder. Die Eröffnung wird schon in den nächsten Tagen stattfinden können. Ferner werden in Dänemark umfangreiche Lebensmittelpatenschaften nach Deutschland vorbereitet, die am 1. und 15. jeden Monats in Sammelstunden beim Deutschen Rote Kreuz zur Weiterverteilung ein treffen sollen. Im Laufe der letzten 6 Wochen konnte über 1000 Kindern die Wohltat eines Erholungsaufenthaltes in Dänemark zuteil werden. Die Verpflegung der Kinder geschieht vollkommen unentgeltlich. Das dänische Kinderhilfswerk verdankt seinen Erfolg in erster Linie der unermüdbaren Wirksamkeit des bekanntesten dänischen Reichstagsabgeordneten Genossen A. P. Nielsen.

## Deutsche Spenden aus Brasilien.

Um bei der in Deutschland herrschenden Notlage nach Kräften zu helfen, haben die deutschen Kreise in Brasilien, namentlich in der Hauptstadt Rio de Janeiro, große Beträge gesammelt, die in gewissen Abständen durch die Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern, Hamburg, zur Verteilung gelangen. So sind allein in letzter Zeit über 70 000 Goldmark an zahlreiche hilfsbedürftige Stellen nach einem bestimmten Plane in ganz Deutschland verteilt worden. Im Interesse des deutschen Hilfswortes in Rio de Janeiro erscheint es nötig, darauf hinzuweisen, daß besondere Eingaben um Unterstützung, insbesondere nach Brasilien, unterbleiben.

## Für Jugendwohlfahrt und Jugendbildung.

In Hochkreuzen hegt man ernste Besorgnis, daß die zur Sanierung unserer öffentlichen Finanzen notwendigen Sparmaßnahmen sich auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und Jugendbildung in einer Weise auswirken könnten, die im Interesse der Jugend und damit im Interesse unserer nationalen Zukunft zu beklagen wären. Um auf diese Gefahren auch in der Deutlichkeit nachdrücklich und rechtzeitig hinzuweisen, veranstaltet die Deutsche Zentrale für freie Jugendwohlfahrt gemeinsam mit den Organisationen der Lehrerschaft und dem Ausschuss der Deutschen Jugendverbände am Sonnabend, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichstags eine Kundgebung für die deutsche Jugend“. Als Redner sind die Reichstagsabgeordneten Frau Antonie Pflüß und Frau Agnes Reubaus, zwei Vertreter der Lehrerschaft u. a. in Aussicht genommen. Interessenten erlangen Eintrittskarten, soweit solche verfügbar, bei den Hochorganisationen für Jugendwohlfahrt und Jugendbildung oder im Bureau der Deutschen Zentrale für freie Jugendwohlfahrt, B. 30, Rollendorferstraße 31.

Das Volkshilfswort in Neukölln veranlaßt am Freitag, den 7. Dez., abends 7½ Uhr, im großen Saal der Neuen Welt, Halensee, einen „Nationalen Dornabend“. Mitwirkende sind: Kammerkantorin Pauline Solowick, Kammerkantorin Karo, Windt-Deer, Kammerkantor Theodor Schweiß. Das Traktat wird geleitet von der Kapelle des Deutschen Dornabend. Musikalische Leitung und Dirigent: Herr Dr. Fritz Sieders. Karten an den bekannten Stellen noch zu haben.

Aktorenvermittlung. Am Sonntag, den 9. Dez., nachm. 2 Uhr, findet in der Aula, Hof 3 Tr., des Bezirksamts Bismarckberg, Danksberg Str. 64, die Eröffnung einer Akteurenvermittlung für den 9., 10., 11. und 12. Dez., nachm. von 2-6 Uhr, statt. Neben Lehrkräfte für Handarbeiten werden auch viele Kunst- und Gebrauchsgegenstände zur Veräußerung gelangen.

Die bekanntgegebene Na-Mittagbesprechung der chemischen Industrie findet nicht in den Festhallen, alle Festhallen 30/32, sondern in der Neuen Welt 114a/115a, Berlin S.O., Köpenicker Str. 90/97, abends 7½ Uhr, statt.

Die Hochwasserkatastrophe in den Bergamster Alpen. Die Aufräumungsarbeiten in dem von der Hochwasserkatastrophe schwer heimgegriffenen Val Camonica in den Bergamster Alpen haben gute Fortschritte gemacht. Die Verluste an Menschenleben scheinen höher zu sein als die amtlichen Schätzungen angeben. In zwei zerstörten Dörfern wurden auf den Feldern ungefähr 400 Menschen geborgen. Nach Berichten von Sonderkorrespondenten, die an der Unglücksstelle weilten, übertrifft der Anblick der verwüsteten Gegend die kühnste Phantasie. Noch ergreifender sind die Berichte der wenigen Lieberlebenden.

Der Besuch wieder in Tätigkeit. Der Besuch ist seit gestern wieder in Tätigkeit getreten.



Ueberfall auf einen Kriminalbeamten.

Als der Kriminalassistent S. in Begleitung seiner Ehefrau auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Dohmeierstraße die Danziger Straße passierte, wurde er von zwei jungen Burden befallig.

Diebstahl der Blinden. Um den Blinden fene nur erdentsche Unterstutzung angeben lassen zu können, sind sie nicht nur auf der Hand durch das rote Emailschildechen mit weissem Kreuz kennzeich gemacht, sondern auch mit kleinen Pfeilschen ausgestattet.

Rücktritt des Potsdamer Oberbürgermeisters. Im Einverständnis mit dem Magistrat und mit Genehmigung des Bezirksausschusses tritt Oberbürgermeister Baffberg am 1. Januar definitiv in den Ruhestand.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 133. Vst. Reichswehr-Dr. Die Nacht nach dem 1. Dezember, sondern heute abend im Jugendheim Seebad um 1/2 8 Uhr statt.
146. Vst. Reichswehr-Dr. Donnerstag, den 6. Dez., nach 1/4 4 Uhr, Mitglieder- versammlung im Orphelinenheim, Altdammstr. 44.
Jugendsozialistische Gruppe Charlottenburg. Mittwoch, 6. Dez., im Jugendheim Reinhardtstr. 10, Arbeitsgemeinschaft.

Briefkasten der Redaktion.

S. 2. 24. Die Höhe ist gesetzlich nicht festgesetzt. Kindertages 4 Ihres Einkommens. - S. 2. 24. Es liegt ein rechtliches Testament vor, wenn es von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig unterschrieben ist.

Ämtliche Devisenkurse.

Table with columns for date (5. Dezember, 8. Dezember) and sub-columns for Gold and Silver. Lists exchange rates for various currencies like 1 Holland. Gulden, 1 argentin. Pap. + Peso, etc.

Millarden sparen Sie bei ERICH SCHULE. Neukölln, Kala-Friedr.-Str. 22a an der Weichselstr.

Marken-Zigaretten. Tabak-Zigaretten Garbaty, Halpauz, Constantini, Karmitry, Avramikos, Muratti, e. tabac u. Tagespr. Arno Gebner, Tabakwaren-Großhandel, Wertheimstr. 21, Teleph. Moabit 2114.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Arbeitszeitsfrage.

In der „Kreuzzeitung“ (Morgenausgabe vom 4. Dezember) behandelt Dr. O. Erdmann die Arbeitszeitsfrage. Der Stand unserer Arbeitszeitsfrage habe den Beweis erbracht, daß die deutsche Wirtschaft in ihrer heutigen Situation nicht mehr in der Lage ist, die Härten herauszubringen.

Der nicht mehr ungenügenden, der Reaktion in den kommenden Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise darf man nur die Frage entgegenstellen, ob wir denn nicht Wirtschaftskrisen schon in der Vorkriegszeit zu verzeichnen hatten, bevor die Wirtschaft „von den unproduktiven Lasten der Nachkriegszeit“ beschwert war.

Alle die „objektiven“ Beurteiler der Dinge, die wie Dr. Erdmann „ohne dogmatische Voreingenommenheit“ sind, sehen von den ganzen, doch wirklich nicht so sehr winzigen Nachwirkungen der Kriegszeit und den Reparationslasten ab und wenden sich der Sache an sich selbst zu.

Man sieht nur Zahlen, nicht aber die Menschen, die dahinter stehen. Und zur Beurteilung der Zahlen verliert man sich vielfach auf die Angaben der Unternehmer und ihrer Anwälte, ohne den Manipulationen des Unternehmertums nachzugehen, die gerade in der Nachkriegszeit mehr auf den Profit als auf die Produktion, viel mehr auf Spekulation hinauslaufen.

Es ist eine falsche Rechnung, die dahin geht, als könne die Arbeitnehmerlast bei ihrer heutigen Entlohnung und ihrer dadurch bedingten Ernährung so ohne weiteres lässlich ein, zwei Stunden länger Mehrarbeit produzieren.

je 12 Stunden gearbeitet wird, die Arbeit von 24 Stunden mit einem Drittel Arbeiter weniger verrichtet werden kann als in drei Schichten von je acht Stunden.

Worauf läuft aber die Entlastung der deutschen Wirtschaft von Arbeitskräften? Diese „Arbeitskräfte“ sind doch nur einmal da und müssen leben. Auch wenn sie „der deutschen Wirtschaft“ als überflüssige und produktionshemmende Belastung erscheinen.

Kann man als einziges Mittel zur Verbilligung und Steigerung der Produktion nur die Verlängerung der Arbeitszeit, denn steht der Erfolg, außer einer Steigerung des Profits, stark in Zweifel. Von der Arbeitnehmerlast wird die Preisgabe ihres einzigen „Arbeitsgewinnes“ gefordert, ohne eine andere Gegenleistung als die Aussicht auf weitere Reaktion in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

Weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit.

412 000 Erwerbslose und Kurzarbeiter in Berlin. In der Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Berlin ist nach dem Wochenbericht des Landesamtes vom 1. Dezember trotz ver einzelter günstiger Vermittlungsergebnisse im allgemeinen eine weitere Verschlechterung zu verzeichnen.

Die schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1922.

Der Bericht des schweizerischen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1922 liegt nunmehr vor. Die Wirtschaftskrise, die auch noch im Jahre 1922 anhält, verursacht einen weiteren Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften.

Bei dieser Zahlen muß aber berücksichtigt werden, daß auch die Zahl der Industriellen und gewerblichen Arbeiter seit dem Jahre 1919 bedeutend abgenommen hat.

Die schwedischen Gewerkschaften.

Der schwedische Gewerkschaftsbund hat seinen Bericht für das Jahr 1922 herausgegeben. Einleitend wird hervorgehoben, daß die Gewerkschaften auch im Berichtsjahre unter dem Druck einer beispiellosen Wirtschaftskrise arbeiten mußten.

Italienischer Gewerkschaftsbund.

Kürzlich hielt der Generatrat des italienischen Gewerkschaftsbundes eine Sitzung ab, in der u. a. auch die Frage der Vertretung Italiens auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf zur Sprache kam.

Der Generatrat bestätigte in der gleichen Sitzung die von dem Vorstand des IGB. am 8. November angenommene Entschloßung betr. die Beziehungen zur IAGB.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- Charlottenburg I: Selenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Spachimi, Ralferdamm 103, Gartenhaus: 22.
Charlottenburg III: Spachimi, Ralferdamm 103, Gartenhaus: 22.
Charlottenburg IV: Selenheimer Str. 47, Gartenhaus.
Charlottenburg V: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg VI: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg VII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg VIII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg IX: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg X: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XI: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XIII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XIV: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XV: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XVI: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XVII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XVIII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XIX: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XX: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXI: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXIII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXIV: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXV: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXVI: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXVII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXVIII: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXIX: Selenheimer Str. 11.
Charlottenburg XXX: Selenheimer Str. 11.